

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

180 (5.8.1930) Erwerbslosen-Tribüne

**„Arbeitslose sind Faulenzer“
sagt ein kommunistischer Abgeordneter**

Die Kommunisten haben die Erwerbslosen, an deren rechtlicher Sicherung ihnen nichts liegt, auf schamlose Weise verhöhnt. Forderungen, deren Durchsetzung unter den gegebenen Verhältnissen von vornherein unmöglich ist, dienen ihnen dazu, die Führer der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften zu verleumden. Bis in die Reihen der organisierten Arbeiter haben sie die Zwietracht zu tragen versucht. Und indem sie die unorganisierten Arbeiter gegen die organisierten auspielten, haben sie die Kampfkraft der Arbeiterschaft immer wieder geschwächt.

Das alles zu einer Zeit, in der das Bürgertum alle Kräfte zusammennimmt, die sozialen Schutzeinrichtungen im Namen der „Wirtschaft“ abzubauen.

Das einzige Argument der Kommunisten war Sowjetrußland. Ihre Berichte überboten sich in den Schilderungen der glücklichen Lage der russischen Arbeiter.

Manmehr ist es einem der Jünger Moskaus passiert, das wahrer Geist der kommunistischer Erwerbslosen-„Fürsorge“ zu enthüllen. In einer Weise zu enthüllen, die ihn sicherlich von seinen Auftraggebern allerlei Unannehmlichkeiten einbringen wird.

Im sächsischen Landtag hat am 23. Juli der kommunistische Abgeordnete Siegel auf eine sozialdemokratische Anfrage, woher denn in Rußland die amtlich zugegebenen 3 Millionen Arbeitslose kämen, geantwortet: „Das sind geborene Faulenzer.“

Das Argument der Scharfmacher

Mit diesem Argument haben die Scharfmacher überflüssig Sorge ihre Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung zu beschönigen versucht. Gegen diesen Vorwurf hat sich die Arbeiterschaft entrüstet verwehrt.

Den Kommunisten, der „einzigen Arbeiterpartei“, ist es vorbehalten geblieben, diese Beschimpfung der Arbeitslosen

zu wiederholen. Es wird sicher nicht lange dauern und die Arbeitgeber werden sich auf das Zeugnis der Kommunisten berufen. Die Arbeiter werden nicht vergessen, wer dieses bodenlos falsche „Argument“ gegen sie geltend hat.

Parolen — aber keine Hilfe!

In einer, aber auch nur in dieser Hinsicht ist der Kampf der Kommunisten erfolgreich: In der Erfindung immer neuer Parolen. „Aktionsausschüsse“, „Hungermärsche“, „Stempelstellenversammlungen“, so heißen einige der neuen kommunistischen

Zaken „für“ die Erwerbslosen. In Wirklichkeit sind das alles nur Täuschungsmanöver, die den Erwerbslosen die verfehlten politischen Spekulationen mit immer neuen Phrasen verbeden sollen.

Statt Erwerbslosenhilfe Sturm auf sozialdemokratische Zeitungen.

Wie überall im Reich haben auch in Leipzig die Kommunisten zu einem „Hungermarsch“ aufgerufen. Einige kleinere Krupps Arbeitsloser marschierten ziellos durch die Straßen. Die Führer haben sich dies Schauspiel von weitem mit an.

Als schließlich die sich so irreführenden Arbeitslosen betrogen haben, wußten sie nichts Besseres zu tun, als nach dem Gebäude der „Leipziger Volkszeitung“ zu ziehen und dort die Parole ihrer Führer: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie reißt bei den Sozialdemokraten anzuwenden. Semitische Fensterstöße wurden dabei das Opfer dieser „revolutionären“ Aktion. So also wirken sich die kommunistischen Demonstrationen aus.

Bolschewistische Eigenarten

Theorie zur Erwerbslosenbewertung

Es gibt scheinbar keine Partei und keine Gruppe, die mehr bereit ist, den Erwerbslosen praktisch und sofort zu helfen, als die deutliche Spielart des Bolschewismus. Im Antrags-Stellen, Aufrufe-Fabrikieren, Resolutionen-Verfassen, Versammlungen-Abhalten usw. wird der Ansehen äußerster Aktivität im Interesse der Erwerbslosen erweckt.

Blüten dieser Politik.

In Kreisfeld delegierten auf Veranlassung des kommunistischen Ausschusses Erwerbslose einen gewissen Rabe zu einem Erwerbslosen-Kongreß. Die kommunistische Presse selbst mußte mitteilen, daß er das Geld in Vergnügungstotalen, ohne sich um den Kongreß zu kümmern, verjubelte.

Auch die oberen Anstalten der SPD, bewiesen wieder und wieder, daß ihnen das Schicksal der Erwerbslosen persönlich höchst gleichgültig ist. In Fahrt z. B. ging der kommunistische Führer und Landtagsabgeordnete Heilmann feienruhig als „harmloser Bürger“ auf dem Bürgerfest, während die Erwerbslosen, die auf seine Veranlassung gegen die Polizei demonstrierten, die Behe bezapfen mußten.

So ist es fast kein Wunder mehr, wenn, wie es in einer sächsischen Stadt vorkam,

Auf dieses Ergebnis können die verantwortlichen Führer wahrhaftig stolz sein.

Und das Ende?
Zeltungsnotiz: „Das hiesige Berufsgericht verhandelte am Freitag nochmals gegen die Arbeiter A., B., C., D. wegen Landfriedensbruch, Beamtenehligung, Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die Delikte bezogen sich auf eine kommunistische Erwerbslosendemonstration“. Die Angeklagten waren früher zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Berufsgericht hielt das erste Urteil aufrecht.“

Das ist der Lebensweg der durch die kommunistischen Phrasen irreführten Arbeiter. Statt sich einzureihen in die

Kampffront der Sozialdemokraten,

laufen sie den verzweifelten Parolen der SPD nach. Die Führer, unfähig und gar nicht gewillt, den Arbeitslosen wirklich zu helfen, schlagen aus den Arbeitslosen Kapital für ihre verantwortungslose Politik. Bei den Demonstrationen lassen sich die großen Maulhelden kaum sehen. Die Arbeitslosen müssen dann in den Gefängnissen für die

Wahnsinnspargelen hemmungslöser Geher büßen. Das ist das Ende kommunistischer Erwerbslosen-„Hilfe“.

Erwerbslosen
Informations
ORGAN
für Erwerbslose

Tribüne

14. September:
Sozialdemokraten!

Und wenn du noch so heftig redest . . .

„Und wenn du noch so heftig redest, meine Suppe wird davon nicht fett.“ — antwortete jüngst ein Arbeitsloser jenem Kommunisten, der zum hundertsten Male seine Schlagwortsammlung wiederholte.

Gut für die kommunistische Partei nicht in erhöhtem Maße, was diesen einen Kommunisten mit Recht nachgelagt wird?

Seit mehr als zehn Jahren schwächt die SPD, ein Organ von Worten, hoch und bloß, ist losgelassen.

Seit mehr als zehn Jahren haben die Rotationsmaschinen der Kommunisten Berge von papiernen Resolutionen und Thesen ausgespien.

Seit mehr als zehn Jahren hat die jeweilige Zeitung dieser Partei Versprechungen gegeben und gebrochen, Beschlüsse gefaßt und umgestoßen, Anträge gestellt und fallen gelassen, Führer ertoren und als Verräter entlarvt.

Sie macht Wendungen nach links und Wendungen nach rechts, nach hinten und nach vorn.

Nur eines hat sie bei all ihrer Geschäftigkeit vergessen:

den Arbeitslosen und den Arbeitslosen auch nur ein einzigmal wirklich zu helfen!

All das Geschrei und Gedröhn, der Jant und die Verleumdung, sie haben keinem Arbeitslosen die Suppe fett gemacht.

Was aber nützen Komitees und Erwerbslosentage, was Hungermärsche, was Protestaktionen, was „revolutionäre“ Phrasen, wenn damit in zehn Jahren die Not der Arbeitslosen eher verschlechtert denn verbessert, die Arbeit eher verringert denn vermehrt wird?

Die Kommunisten in Deutschland haben nichts für die Arbeitslosen getan. Raum anders treiben sie's in jenem Staat, den sie beherrschen: in Sowjetrußland. Erwerbslose Sowjetbürger sind zehnmal schlechter daran denn deutsche, für die die deutsche Sozialdemokratie ihre ganze Kraft einsetzt.

Was in Deutschland an sozialen Ein-

richtungen geschaffen ist — es steht in der Welt einzig da —, ist von Sozialdemokraten veranlaßt und mit Sozialdemokraten durchgeführt. Was auch im Kampf gegen die kapitalistischen Par-



veranlassen . . . wenn diese Welt nicht so roh, nicht so erbarmungslos und so gleichgültig wäre, mit einem Achselzucken oder einer Phrasen daran vorbeizugehen.

Wir Sozialdemokraten aber wollen, daß dieses Elend gehört, und daß es beseitigt wird. Wir führen seit Jahren einen erbitterten und verzweifelten

Kampf um jeden Pfennig Arbeitslosen-Unterstützung, um jeden Baustein, der Arbeit bedeutet.

Wir führen diesen Kampf gegen das reaktionäre Bürgertum, dem diese Notzeit geeignet scheint, mit frecher Hand die Ärmsten zu plündern. Das sich nicht schämt, den Hunger und das Elend zu beschimpfen und zu verhöhn.

Wir müssen leider auch kämpfen gegen die Kommunisten, denen die Erwerbslosen nicht mehr sind, denn Schachfiguren und Werkzeuge ihrer Demagogie und skrupellosen Agitation. Die sich nicht scheuen, mit den Reaktionären gegen die wirklichen Interessen der Arbeitslosen zu kämpfen. Die die Stirn haben, Erwerbslose „Faulenzer“ zu nennen.

Es ist leicht, starke Worte zu machen, Gutgläubige zu betören und Verzweifelte zu täuschen. Aber lindert man damit Not, schafft das Arbeit?

Die 152 Sozialdemokraten haben im jetzt aufgelösten Reichstag gegen 340 Gegner, die zugleich Feinde der Erwerbslosen sind, gekämpft. Sie haben gegen diese Uebermacht die Rechte der Erwerbslosen wie die aller Werktätigen nach Kräften verteidigt. Sie werden weiter ihr Äußerstes tun.

Aber notwendig ist, daß ihnen Hilfe wird. Dieser nächste Reichstag, dessen Gesicht der 14. September bestimmt, muß anders aussehen. Es dürfen nicht mehr nur 152 gegen 340 stehen! Das Volk, jeder einzelne, muß sich besinnen. Diesmal muß Schluß gemacht werden mit dem reaktionären Klüngel:

Gibt uns die Mehrheit!
Wählt Sozialdemokraten!

**Du willst Arbeit
Du brauchst Brot
Wähle am 14. Sept.
Sozialdemokraten**

**nicht Phrasen und
Demonstrationsanträge**

Liste 1

„Die Kommunisten stimmten heute mit den Nationalsozialisten und Mitgliedern der deutschnationalen Fraktion gemeinsam gegen die Arbeitslosenversicherung!“

Im Jahre 1927 hat der damalige Arbeitsminister Brauns dem Reichstag ein Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung überreicht.

Die Verbesserungsvorschläge der Sozialdemokraten

Die Sozialdemokratie, die zu dem Bürgerblock-Kabinett, dem Brauns angehört, in Opposition stand, hat gleichwohl an den Beratungen im Reichstag lebhaften Anteil genommen und versucht, das Gesetz für die Arbeiterschaft erträglich zu machen. Natürlich ließ sie dabei auf den energischen Widerstand aller bürgerlichen Parteien, denen die Vorlage schon viel zu weit ging. Sie fürchteten von einer umfassenden Regelung bes.

Recht der Arbeitslosen auf Unterstützung

eine Behinderung ihres „Herrn-im-Hause“-Einkommens. Bei allen Gelegenheiten haben die Vertreter der Sozialdemokratie betont, daß das Gesetz längst nicht allen Ansprüchen genüge, die die Arbeiterschaft angesichts der wachsenden Not der Erwerbslosen stellen müsse.

Die Haltung der Kommunisten

Eine wertwürdige Rolle haben auch in diesem Fall die Kommunisten gespielt. Diese Partei, die Arbeiterinteressen vertreten will und bei jedem Schritt auf ihrem verhängnisvollen Wege Arbeiterinteressen zerritt, ist ihrer alten Praxis treu geblieben. Während sie draußen im Lande sich so gebärdete, als sei sie die einzige Partei, die die Interessen der Erwerbslosen wahrnimmt, hat sie auf die Gelegenheiten zu praktischer Mitarbeit völlig verzichtet.

Die Sozialdemokratie kämpfte unermüdlich dafür, daß aus dem Gesetz alle Vorschriften verschwand, die für die Arbeitslosen von Nachteil werden konnten. Und sie versuchte mehrfach mit Erfolg, dafür Ergänzungen durchzubringen, die das Gesetz zu einer wirksamen Waffe im Kampf um die Existenzsicherung der unfreiwillig arbeitslos Gewordenen machen. In der gleichen Zeit vernünftigen sich die kommunistischen Abgeordneten damit, Anträge zu stellen, deren Durchsetzung unter den gegebenen Umständen von vornherein völlig aussichtslos war.

Die Kommunisten ließen es in der Regel gehen sein, den „Arbeitererrat“ und den „Opportunismus“ der Sozialdemokraten anzuprangern und in „revolutionärer“ Enttarnung auf eine praktische Mitarbeit überhaupt zu verzichten. So stimmten sie schließlich auch

gegen das Gesetz, das ihr Sprecher als „eines der reaktionärsten Gesetze, als ein Klassengesetz ältester Art“ bezeichnete, zusammen mit den Nazis und einem Teil der Deutschnationalen — eine passende Gemeinschaft.

Der Gegenstoß der Reaktion

Die ständige Zunahme der Arbeitslosigkeit hat der Arbeiterschaft bewiesen, wach wichtiges Instrument die Arbeitslosenversicherung trotz aller Mängel ist. Die anwachsende Arbeitslosigkeit brachte jedoch die Reichsanstalt in große finanzielle Schwierigkeiten, die nur durch schnelles Eingreifen des Reiches unter der Regierung Hermann Müller

behalten werden konnte. Das gab den Gegnern der Arbeitslosenversicherung sehr willkommene Gelegenheit, die Angriffe auf die Versicherung mit aller Macht wieder aufzuheben.

Während war die soziale Einrich-

tung bedroht, die angesichts der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt für die Arbeiterschaft vielleicht die wichtigste war.

Die Sozialdemokratie hat demgegenüber mit aller Schärfe erklärt, daß sie jeden Leistungsabbau auf das äußerste bekämpfen

Sozialdemokraten schützen

Die sozialdemokratischen Volksbeauftragten waren es, die nach der Revolution zum ersten Male in Deutschland eine

staatliche Unterstützung der Arbeitslosen

einführten. Unter dem Druck der Sozialdemokratie gelang es 1927, die alte Forderung der Gewerkschaften und damit der Partei nach einer

Arbeitslosenversicherung zu erfüllen. Jeder Arbeiter und Angestellte wurde gegen Arbeitslosigkeit versichert. Die Prüfung der Bedürftigkeit fiel fort.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz von 1927 ist ein

Kernstück deutscher Sozialpolitik.

Es ist ein wichtiger Fortschritt, obwohl bei weitem nicht alle sozialdemokratischen Forderungen berücksichtigt wurden.

Den Unternehmern jedoch war selbst dieser Teilschritt zuviel. Sie führten eine anderthalbjährige beispiellose Kampagne gegen die Versicherung, die in den Verschlechterungsanträgen der bürgerlichen Parteien im Herbst 1929 gipfelten.

Die Sozialdemokraten haben diese Verschlechterungen in allen wesentlichen Punkten abgewehrt. Sie haben darüber hinaus trotz der bürgerlichen Mehrheit noch wesentliche Verbesserungen erreicht:

Die Sozialdemokratie hat im Herbst 1929 den Meldezwang der Unternehmer, die Erweiterung der Versicherungspflicht für die Lehrlinge und für die

Anrechnung der Sozialrente eine Freigrenze durchgesetzt! Das Bürgertum hat in diesem Jahr seinen Angriff auf die Arbeitslosenversicherung in verstärkter Form wiederholt.

Der neue Reichstag muß eine verstärkte Sozialdemokratie aufweisen, wenn nicht der Wille der Reaktionen durchdringen soll!

würde. Und sie hat diesen Worten die Tat folgen lassen. Nach wochenlangen Kämpfen ist es gelungen, die Angriffe der Bürgerlichen abzuwehren.

Die „Tätigkeit“ der SPD.

Auch diesmal jedoch, als wahrlich jeder einsehen mußte, daß alle Kräfte zusammen genommen werden mußten, um dem An-

griff der Unternehmer wirksam zu begegnen, haben die

Kommunisten auf jede positive Arbeit verzichtet.

Zwar haben sie sich die Blamage nicht ersparen können, jetzt mit ebenso lautem Geschrei und ebenso bloßen Phrasen das Gesetz zu verteidigen, das gleiche Gesetz, das sie früher als eines der reaktionärsten, als ein Klassengesetz bezeichneten — wirklich gelernt haben sie aber aus dieser Blamage nichts.

Sie haben sich wie im Jahre 1927 auf Agitationsreden beschränkt, lächerliche Anträge gestellt und gegen sozialdemokratische Verbesserungsvorschläge gestimmt.

Wieder haben sie mit den bürgerlichen, schmerzhaften Parteien und den Nazis in einer Front gestanden, als es sich darum handelte, die Organisation der Versicherung zu verbessern und so zu gestalten, daß sie nicht immer den Angriffen des Unternehmertums ausgeliefert sei. So wurde die Einbeziehung der leitenden Angestellten in die Versicherungspflicht, wodurch die Leistungsfähigkeit der Versicherung natürlich gesteigert wird, gegen die Kommunisten beschlossen. Ebenso haben die

sonderbaren Arbeitervertreter gegen einen Antrag gestimmt, der die Lehrlinge ein Jahr vor Beendigung der Lehrzeit in die Versicherung hineinzieht. Durch diese Maßnahmen sollen Lehrlinge, wenn sie bald nach Ablauf der Lehrzeit entlassen werden, in den Genuss der Unterstützung kommen. Die dadurch bewirkte Verminderung der Zahl der Jugendlichen, die der öffentlichen Wohlfahrt zur Last fallen, ist den Kommunisten, die verzweifelte unreiche Mißläufer brauchen, natürlich sehr unangenehm.

So sollen die Erwerbslosen mißbraucht werden

Einen deutlichen Beweis für die Schwachheit, mit der Arbeiterinteressen dem kommunistischen Parteigehischoß geopfert werden, liefert eine Anweisung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, die im Herbst 1929 erging. Darin wird aufgefordert, Forderungen aufzustellen, die so formuliert sein müssen, „daß sie von den Betroffenen als möglich und durchführbar angesehen werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie... annehmbar sind oder nicht“.

Den Fabrikanten solcher Parolen ist also genau bekannt, daß ihre Forderungen unmöglich durchzuführen sind, aber sie brauchen billigen Agitationsstoff, weil ihnen gute Argumente fehlen.

„Wir haben ein besonderes politisches Interesse daran, den Notstand, der in diesem Jahre früher als sonst verschärft in den Vordergrund tritt,

energig auszunutzen.“

So geht es in dem Rundschreiben weiter, und das erklärt alles.

Das Verhalten der kommunistischen Abgeordneten hat der Arbeiterschaft schon viel Schaden eingebracht. Wohl niemals war die Rolle, die sie gespielt haben, verdrößerlicher als im Kampf um die Arbeitslosenversicherung. Vielleicht fühlen sie sich gerechtfertigt, wenn sie von sich mit vollem Recht sagen können, daß sie sich selbst treu geblieben sind. Sie haben auch in diesem Zusammenhang die Rolle gespielt, die ihnen das Bürgertum zugewiesen hat.

„Pfuhl im Fleisch der Sozialdemokratie“

zu sein. Die Arbeiterschaft, die auf die Taten und nicht auf das Wort sieht, wird ihnen die Antwort darauf am 14. September nicht schuldig bleiben.



Sowjetrußland befindet sich, wenn man den Versicherungen der SPD glauben soll, in einem mächtigen wirtschaftlichen Aufschwung. Die deutschen Kommunisten weisen immer wieder auf Rußland als „das Vaterland der Arbeiter“ hin, daß in allen sozialen Einrichtungen den übrigen Ländern ein Vorbild sein könne. Stimmt das?

Die Theorie

Am Frühjahr dieses Jahres führte die Kommunistische Internationale eine große Erwerbslosenaktion durch. Die Kommunisten erließen einen Aufruf, der in folgenden Forderungen gipelte:

Arbeitslosenunterstützung für alle Arbeitslosen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit in voller Höhe.

Das klingt verlockend. Wie wenig die Kommunisten selbst jedoch diese Forderung ernst nehmen, zeigt die Praxis des Landes, in dem sie seit über zwölf Jahren unumhändert herrschen: Sowjetrußland. Hier, wo sie am ehesten Gelegenheit hätten, ihre Forderungen zu verwirklichen und ein Beispiel zu geben, sieht es schlimmer aus, als in manchem anderen europäischen Lande. Viel schlimmer jedenfalls als in Deutschland, obwohl die deutschen Kommunisten sich nicht genug tun können in der Herabsetzung der von der Sozialdemokratie geschaffenen Arbeitslosenversicherung.

Viel Arbeitslose, aber keine Arbeitslosenversicherung!

Trotz der wesentlich geringeren Beschäftigtenzahl der russischen Industrie

Rußland: 12 Millionen, Deutschland: 23 1/2 Millionen Beschäftigte

weist Rußland mindestens soviel Erwerbslose auf wie Deutschland. Zwar werden sehr viel weniger Arbeitslose „registriert“, das heißt: für Arbeitsvermittlung und Unterstützung vorgelesen, die Wahrheit jedoch ist, daß in Rußland zurzeit etwa

3 Millionen Arbeitslose vorhanden sind. Dazu kommt noch die gar nicht feststellbare, stets wechselnde Arbeitslosigkeit auf dem Lande.

Rund 3 Millionen Arbeitslose, und diese Zahl ist noch lügend im Steigen! Während in Deutschland gegenwärtig etwa 11,5 Proz. der Erwerbsfähigen ohne Arbeit sind, weist Rußland reichlich 25 Proz. Arbeitslose auf.

Trotz dieser hohen Erwerbslosenzahlen kann von einer Arbeitslosenversicherung in Rußland nicht die Rede sein. In jedem einzelnen Falle wird die Bedürftigkeit der Arbeitslosen sehr streng geprüft, so daß eigentlich nur eine Arbeitslosenfürsorge übrig bleibt.

Wer erhält in Rußland Unterstützung?

Arbeitslosenunterstützung kann in Rußland nur der erhalten, der früher beschäftigt war und bei der Arbeitsbörse oder in Orten, wo diese nicht besteht, in der Gewerkschaft regi-

striert ist. Es ist aber nicht so einfach, sich registrieren zu lassen oder der Gewerkschaft beizutreten und damit in den Genuss der Unterstützungsrechte zu kommen. Zahlreiche Gruppen von Arbeitslosen sind einfach die Registrierung als Arbeitsuchende verweigert. Die Gewerkschaften nehmen nur solche Leute auf, die

Sozialdemokraten schützen

Es waren die sozialdemokratischen Volksbeauftragten, die in den Revolutionstagen in Deutschland eine

Unterstützung der Kurzarbeiter

neuen einführten! Die Sozialdemokraten erreichten bei der Schaffung der Arbeitslosenversicherung 1927, auch die Kurzarbeiter einzubeziehen.

Auch die Krisenunterstützung

wurde durch die sozialdemokratischen Volksbeauftragten in Deutschland eingeführt.

Und dem sozialdemokratischen Einfluß ist zu danken, daß die Empfänger von Krisenunterstützung im Jahre 1927 ebenfalls in das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung einbezogen wurden.

Weiter waren es die Sozialdemokraten, die die Verlängerung der Unterstützungsdauer durchgesetzt haben.

Durch die Maßnahmen der ersten sozialdemokratischen Regierung wurde die öffentliche Fürsorge ihres Armcharakters entkleidet.

Das ist besonders wichtig in einer Zeit wie heute, in der die öffentliche Fürsorge durch die riesengroße Zahl der

Wohlfahrtsverwerbslosen

großen Umfang angenommen hat. Die Sozialdemokraten haben auch hier versucht, zu helfen. Sie haben beantragt, die

Krisenunterstützung auch auf die Wohlfahrtsverwerbslosen auszudehnen.

Der jetzige Bürgerblock jedoch hat diese Forderung abgelehnt! Jetzt liegt die Entscheidung bei den Wählern!

sehen in Arbeit gefunden haben. Damit wird also ganz bewußt Tausenden die Möglichkeit genommen, jemals Unterstützung zu bekommen.

Klasseneinteilung

Aber auch bei denen, die wirklich Unterstützung bekommen, wird noch vertrieben gewertet. Ungelernte Arbeiter, soweit sie gewerkschaftlich organisiert sind, müssen mindestens ein Jahr gearbeitet haben, ehe sie Unterstützung beanspruchen können. Für nicht organisierte Arbeiter beträgt diese Zeit 3 Jahre. Organisierte Angestellte müssen ebenfalls 3 Jahre und nichtorganisierte Angestellte sogar

5 Jahre warten, ehe sie Unterstützung beanspruchen können. Die Dauer der Unterstützung beträgt für qualifizierte Arbeiter nur 9 Monate im Jahre. Nach einer Unterbrechung von drei Monaten, während der sie nichts erhalten, weitere 9 Monate. Die anderen Arbeiter erhalten nur 6 Monate lang Unterstützung. Nach dem Ablauf der 9 bzw. 6 Monate kann der Arbeitslose dort verhungern.

Die Höhe der Unterstützungen

Auch in der Unterstützungshöhe ist zwischen Rußland und Deutschland ein gewaltiger Unterschied. Während bei uns die Unterstützung zwischen 75 Proz. des Lohnes in der untersten und 85 Proz. in der höchsten Lohnklasse schwankt, ist sie in

Rußland wesentlich geringer. Die hochqualifizierten Arbeiter erhalten etwa 30 Proz. ihres Lohnes, die ungelerten Arbeiter 20 Proz. Außerdem ist die Arbeitslosenunterstützung aus politischen Gründen noch in 6 Teuerungszonen geteilt. Auf dem flachen Lande wird noch weniger als in den Großstädten und Industriezentren gezahlt.

Von fünf Erwerbslosen — ein Unterstützter!

Die Unterstützungssätze schwanken in ihrer Höhe in der 1. Klasse zwischen 12 und 27 Rubel im Monat, in der 2. Klasse zwischen 7 und 20 Rubel im Monat. Dabei wird die

übergroße Mehrzahl der Arbeitslosen der schlechtbezahltesten Kategorie zugewiesen. Die durchschnittliche Monatsunterstützung erreichte im Juni 1928 nach den Angaben der Zentralverwaltung für Sozialversicherung 18,55 Rubel. Das sind rund 20 Proz. des durchschnittlichen Erwerbslosen erhalten diese beschämend geringe Unterstützung. Nach dem letzten Bericht der russischen Behörden beträgt die Zahl der ausgezahlten Unterstützungen 6843 800, d. h. rund 570 300 im Monat oder nicht einmal die Hälfte (44,2 Proz.) selbst der Zahl der registrierten Arbeitslosen. Daraus ergibt sich, daß in Rußland etwa

nur ein Fünftel aller Erwerbslosen überhaupt Unterstützung erhält.